



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

## DIE ARBEIT AM EU-AUSTRITT REICHT ÜBER WAHLEN HINAUS!

Bei dieser grundlegenden Weichenstellung für die Wieder-Erlangung eines **unabhängigen und neutralen** Österreichs geht es um **alle** Österreicher, nicht nur um die Anhänger dieser oder jener bei Wahlen kandidierenden Partei und welche(r) Spitzenkandidat(in) sich dabei mithilfe von Kapital, Massenmedien und Lobbies im Hintergrund am besten „verkaufen“ kann. Diese Kräfte beherrschen auch die EU; wenn wir uns davon befreien wollen, geht das nur, wenn Bürger aus **allen** Partei-„Lagern“ und auch alle, die sich keinem solchen „Lager“ zugehörig fühlen, dabei mittun können. Deshalb ist es so wichtig, daß die Arbeit am EU-Austritt **überparteilich** bleibt! Das gilt auch für die von uns angestrebte Einführung einer **echten direkten Demokratie** nach dem Muster der Schweiz, wofür der Austritt aus der EU eine **un-**

**abdingbare Voraussetzung** ist. Solange EU-Recht **vor** Landesrecht gilt, kann es eine direkte Demokratie nicht geben. Das ist ja auch einer der Hauptgründe, warum die Schweiz nicht Mitglied der EU ist.

**Bereits ein Drittel der Einreichungs-Unterschriften fürs Volksbegehren geschafft.**

Von den rund zehntausend gesetzlich geforderten Unterstützungs-Erklärungen liegen uns bereits rund 3.500 aus allen Bundesländern vor, also mehr als ein Drittel. Die Frist zur Einreichung im Innenministerium läuft bis Ende **nächsten** Jahres (Dezember 2014). Alle, die noch nicht unterschrieben haben, bitten wir, dies so rasch wie möglich nachzuholen! **In Wien** kann man dies in jedem magistratischen Bezirksamt tun, wo man unterwegs ist (muß nicht das „eigene“ sein): Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr,

Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr, und zusätzlich in der MA-62 im 8. Bezirk, Lerchenfelderstr. 4: Mo - Frei von 8 bis 15.30h, Do 8 bis 17.30h. **In Graz** im Amtshaus, Schmiedgasse 26, im „Service-Center“: Mo und Mi 7.30 bis 18 Uhr, Di, Do und Frei 7.30h bis 13 Uhr, sowie in den Servicestellen der Bezirksämter: Mo 7 - 18 h, Di bis Frei 7 - 13 Uhr. **In Linz** im Neuen Rathaus, Hauptstr. 1-5, im „Bürgerservice“: Mo bis Frei von 7 bis 18 Uhr, sowie in allen Stadtbibliotheken. **In allen anderen** Städten sowie in den Landgemeinden jeweils im **Gemeindeamt/Stadamt/Magistrat** zu den örtlich üblichen Parteienverkehrszeiten.

**Wie erfahren die Bürger vom EU-Austritts-Volksbegehren?**

In erster Linie durch persönliche Mundpropaganda aller an dieser Zielsetzung Interessierten! Sei es durch Weitergeben des Info-Blatts mit der U-Erklärung (siehe Seite „5“ und „6“ dieser WEGWARTE - absichtlich nicht nummeriert); dieses gilt auch kopiert und muß nicht in Farbe sein. Sie können gerne auch weitere Exemplare bei uns anfordern - siehe Vermerk am

**Der subversive Krieg der EU gegen die Völker Europas.  
Testfall Ungarn.**

Zu diesem Thema wird die bekannte Bürgerrechtlerin **Dr. Eva Maria BARKI** einen Vortrag im Rahmen der **Herbst-Tagung** der IHU **am 5. Oktober in Altlengbach** halten, bei der vieles zur Sprache kommen wird, was man sonst nirgends erfahren kann. Die Tagung ist öffentlich zugänglich, genaues Programm siehe Rückseite dieser WEGWARTE.

# Zur Nationalratswahl

Als Initiatoren einer überparteilichen Zielsetzung geben wir keine Wahlempfehlung für irgendeine der kandidierenden Parteien ab; das ist die persönliche Entscheidung jedes Einzelnen. Verweisen wollen wir hier aber auf einige Umstände gerade dieser Wahl von allgemeiner Bedeutung.

## Weder Lissabon-Vertrag noch ESM-Schuldenhaftungs-Vertrag hätten ohne Zustimmung der „Grünen“ in Kraft treten können!

Die „Grünen“ sind zu den verlässlichsten Handlangern der EU-Kommission in Österreich geworden, was von den Massenmedien sehr wenig thematisiert wird, damit es nicht zu viele Menschen mitbekommen. Deshalb forcieren gerade sie das sogenannte „Demokratiepaket“, das in Wahrheit ein „Demokratie-Verhinderungspaket“ ist, da die Österreicher mit diesem von jeglicher Mitbestimmung über EU-Recht (das über 80 % der Gesetze in Österreich ausmacht) von vornherein ausgeschlossen würden. Ein Beschluß dieses Gesetzes würde eine massive Verschlechterung (nicht Verbesserung!) der derzeitigen direkt-demokratischen Möglichkeiten in Österreich darstellen!

Für den Beschluß zur Ratifizierung von **EU-Verträgen** ist eine Zweidrittelmehrheit im österr. Parlament notwendig. Diese hat immer wieder in den letzten Jahren die „grüne“ Parlamentspartei geliefert. Ohne deren Zustimmung hätten SPÖ und ÖVP nicht über die zigtausenden Demonstranten gegen den Lissabon-Diktatur-Vertrag d'überfahren können! Und auch die ungeheuerliche Tatsache, daß Österreich durch die Ratifizierung des ESM-Vertrags mit rund **40 Milliarden (!) Euro** (550 Milliarden ÖS) plus Zinsen für die Schulden anderer EU-Staaten haftet, hätte ohne die Zustimmung der Grünen dazu nicht in Kraft treten können. Das ist mehr

als die jährlichen Pensionszahlungen in Österreich von 38 Milliarden Euro (2011). Bei Fälligkeit dieser Haftungen könnten zwar die Banken bedient, aber kaum Sozialleistungen mehr ausbezahlt werden. Umgerechnet bedeutet dies vorläufig eine Haftung von **über 5.000 Euro** (68.800,- ÖS) plus Zinsen für jeden einzelnen Österreicher und Deutschen - vom Baby bis zum Greis. *(Berechnungen entnommen der Broschüre „Friedensprojekt oder Europas Untergang - Zahlen und Fakten zur EU“ von Mag. Klaus Faißner; die 64-seitige Broschüre können wir Interessenten gerne zum Preis von 4,80 € plus Porto zusenden: bitte Vermerk am Erlagschein „Faißner-Broschüre zusenden“.)*

## Materialschlacht

Das Werbevolumen an Plakaten, Inseraten, Aussendungen, Veranstaltungen mit Freibier und gekauften Bands/Künstlern etc. ist so gewaltig, daß auch nur eini-

germaßen „normale“ Bürger-Gruppierungen keine Chance haben **können**, dabei mitzuhalten. Mit DEMOKRATIE haben die derzeitigen Wahlen jedenfalls schon lange nichts mehr zu tun; sie werden fast ausschließlich vom „großen Geld“ bestimmt.

Den klarsten Protest dagegen zeigen die **Nicht-Wähler**. Wir halten es für bedenklich und typisch für die Verfechter des bestehenden Machtsystems, diesen großen Bevölkerungsanteil immer wieder als „undemokratisch“ zu beschimpfen, wie man das vielen veröffentlichten Leserbriefen und Politiker-Appellen aller „Farben“ sowie der offiziellen Amtsträger entnehmen kann. Die Höhe der Wahlbeteiligung gilt als Gradmesser dafür, wie **zufrieden** die Bürger mit dem herrschenden politischen System insgesamt sind. Auch Kleinparteien erhöhen die Wahlbeteiligung ebenso wie ungültige Stimmen, die als „abgegebene Stimmen“ gewertet werden.

## KURZFILME ZUM VOLKSBEGEHREN

Inzwischen gibt es bereits **drei** kurze Live-Videos zum EU-Austritts-Volksbegehren, die man an mögliche Interessenten weiterleiten kann. Alle drei entstanden ungeplant im Zuge der Info-Stand-Arbeit durch Zufallskontakte. Sie vermitteln einen guten Eindruck vom Geschehen bei den Aktionstagen und zeigen auch, wie Andere diese Tätigkeit sehen. Im Frühjahr kam Ernst Gruber von „[www.insel.tv](http://www.insel.tv)“ bei einem unserer Info-Stände in Wien-Floridsdorf vorbei und filmte Megaphon-Durchsagen von Inge Rauscher zur Information übers Volksbegehren; dieses Video vom 30.4.2013 (5,13 Minuten) können Sie unter <http://youtu.be/Vtg56RDws1s> einsehen und weiterverbreiten. Im Juli kam ein Reporter einer marokkanischen Nachrichtenagentur zufällig am Info-Stand in Villach vorbei, fand unsere Arbeit sehr interessant und verfilmte ein Interview darüber mit Inge Rauscher **für arabische Medien**; dieses Video vom 6.7.2013 (5,13 Minuten mit arabischen Untertiteln) können Sie unter <http://www.yamaghreb.com/2013/07/blog-post-8223.html> finden. Ebenfalls im Juli leiteten örtliche Helfer bei den Info-Stand-Aktionstagen in Klagenfurt die Unterlagen des Volksbegehrens an den Internet-TV-Sender [www.klagemauer.at](http://www.klagemauer.at) weiter, der dieses daraufhin am 19.7.2013 unter dem Titel „Bravo Österreich!“ zu einem der Themen seiner täglichen Sendungen machte. Diesen Kurzfilm (3,21 Minuten) zur Weiterverbreitung findet man unter <http://www.youtube.com/watch?v=oXzRrvlieMw>.

Alle drei Filme können Sie auch aus der Startseite von [www.eu-austritts-volksbegehren.at](http://www.eu-austritts-volksbegehren.at) herunterladen und möglichst vielen anderen Menschen zugänglich machen.

# KRIEGSTREIBER USA - nun gegen Syrien?

Jeder, der mit einigermaßen wachen Augen **zwischen** den Zeilen der gelenkten Medien-Berichte zu erkennen versucht, was sich wirklich abspielt, kann nur erschüttert sein über die Kriegsdrohungen der USA und der NATO gegen Syrien. An vorderster Front der Kriegstreiber: der Herr Friedensnobelpreisträger! Die „Sorge“ um die Verwendung von Giftgas (durch wen?) dient nur als hoch gespielter **Vorwand**. Die jetzige Lage wurde gezielt herbeigeführt.

Das wird am deutlichsten aus einer Aussage des Vier-Sterne-Generals und NATO-Oberbefehlshabers **Wesley Clark** vom 2. März 2007 (!) gegenüber dem Polit-Magazin „democracy now“: Kurz nach den Anschlägen vom 9.11.2001 (!) sei ihm eine Liste gezeigt worden, auf der sieben Länder im Nahen Osten standen, die von den USA in den nächsten Jahren destabilisiert, angegriffen und **ausgeschaltet** werden sollten: Irak, **Syrien**, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und der Iran. Dementsprechend hat der von außen hereingetragene „Bürgerkrieg“ in Syrien bereits jetzt ungeheure Opferzahlen und Schäden angerichtet.

Wer sich über die Lebenswirklichkeit in Syrien **vor und nach** dem Auftauchen der „Rebellen“ näher informieren möchte, sei auf die ausgezeichneten Berichte darüber im deutschen **Monatsmagazin „Compact“** verwiesen, dessen Chefredakteur **Jürgen Elsässer** schon mehrfach auf Einladung der IHU in Österreich Vorträge hielt. Syrien **war(!)** ein befriedetes Land, in dem zahlreiche Volksgruppen mit großer religiöser Toleranz untereinander lebten. Wir empfehlen dazu die neueste Spezial-Ausgabe von „Compact“ aus dem Internet unter <https://www.compact-magazin.com/compact-spezial-22013-kriegsluegen-von-usa-und-nato-erscheint-im-september-2013/>

Natürlich senden wir Ihnen auf Anfrage diese Spezialausgabe auch gerne in gedruckter Form gegen Spesenersatz mit der Post zu; bitte Vermerk „Compact-Spezialausgabe“ am Erlagschein anführen.

## EU ziviler Arm der NATO

25 der 27 EU-Staaten sind gleichzeitig NATO-Mitglieder und damit militärisch de facto der USA untergeordnet. Von Insidern wird die EU schon längst als „ziviler Arm der NATO“ bezeichnet. Genauso lächerlich für denkende Menschen wie der **Friedensnobelpreis** für Obama war auch jener für die EU. Es ist eine uralte Weisheit, daß das erste, was in jedem Krieg stirbt, die Wahrheit ist! Und die USA führen praktisch **permanent Krieg** - seit 1945 waren es 54 (!) Kriege in aller Welt, wie in dem bereits 1998 erschienenen Buch von Mansur Khan mit dem Titel „Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege“ ausführlich dokumentiert.

Bei all diesen Kriegen mit verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung (Korea, Vietnam usw.) ging es **nie um „humanitäre“ Ziele**, sondern immer nur darum, in möglichst vielen Gebieten Einfluß und Macht politisch und wirtschaftlich ausüben zu können. Dazu gehört(e) die Ausbeutung von Rohstoffen, im Nahen Osten nicht nur von Öl und Gas und deren Transportwegen, sondern vor allem auch von Wasser.

P.S. Laut neuester **Meinungsumfrage in Deutschland** lehnt eine „sehr deutliche“ Bevölkerungsmehrheit ein militärisches Eingreifen der USA in Syrien ab. Laut ZDF-Teletext-Meldung vom 6.9.2013 (um 4.37h) sind nur 22 Prozent der Deutschen dafür. 70 % lehnen eine solche Intervention ab. In dieser Frage sind sich die Anhänger aller im Bundestag vertretenen Parteien einig!

## Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU)** ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 20 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

**WIR DANKEN** allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

**BITTE** benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

**Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger:** Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninsetrate!

Erlagschein. Sei es durch Verbreitung dieses Info-Blatts über Ihren **E-mail-Verteiler**; wir senden es Ihnen auf Anfrage gerne online zu.

Die **Massenmedien**, die hauptsächlich von Inseraten, „entgeltlichen Einschaltungen“ und Werbebeilagen von politischen Parteien und Regierungsstellen sowie von Großkonzernen und Handelsketten „leben“, informieren die Bürger nicht über Anliegen, die aus dem Volk selbst kommen, auch nicht auf den Leserbriefseiten - von wegen „Das freie Wort“!

### Info-Stand-Tage im Herbst - bitte mittun!

Deshalb sind die von uns so oft wie möglich organisierten Info-Stand-Aktions-Tage quer durch Österreich so wichtig. Sie ermöglichen den direkten Kontakt mit den Bürgern! Bei einem Teil dieser Info-Stand-Tage sind auch **Notare** anwesend, sodaß die Bürger gleich direkt beim Info-Stand das Volksbegehren unterschreiben können und sich dadurch den Weg zum Gemeindeamt/Magistrat ersparen.

Seit März dieses Jahres wurden von uns 41 Info-Stand-Aktionstage an den belebtesten Plätzen der großen Städte durchgeführt. Weitere 25 werden bis Jahresende folgen, und zwar in **Wien, St. Pölten, Linz, Salzburg, Kufstein, Kitzbühel, Wörgl, Innsbruck, Bludenz, Bregenz, Dornbirn und Feldkirch**. Die genauen Termine können Sie dem Internet unter [www.eu-austrittsvolksbegehren.at](http://www.eu-austrittsvolksbegehren.at) entnehmen oder bei uns direkt erfahren (siehe Rückseite).

Werden auch Sie hinkommen und

beim Verteilen der Infoblätter und den Bürgergesprächen mithelfen? Das Ziel kann nur gelingen, wenn sich möglichst viele Bürger **mitverantwortlich** fühlen.

### Hauptproblem Notarkosten

Es gibt nur wenige Notare, die bereit sind, während ihrer Dienstzeit zu den Info-Ständen auf belebten Hauptplätzen hinzukommen und dort unter freiem Himmel bei Wind und Wetter Bürgerunterschriften entgegenzunehmen, um sie später in der Kanzlei umständlich beglaubigen zu müssen. Die Kosten dieser Notare für ihren Zeitaufwand müssen **wir als Betreiber** bezahlen. Da von der erforderlichen Abwicklung her nicht mehr als höchstens 30 bis 35 Unterschriften pro Anwesenheits-Stunde des Notars am Info-Stand bei günstigsten Umständen möglich sind, bedeutet das bei tausenden notwendigen

Unterstützungs-Erklärungen eine große Anzahl von Notarstunden und einen entspr. hohen Kostenaufwand für uns. Durch Ihre Hilfe war es möglich, die erste große Tranche der Notarkosten vom Frühjahr von insgesamt 11.585 € termingerecht zu bezahlen. **Dafür allen herzlichen Dank!** Für die Herbst-Termine müssen wir mit weiteren rund 4.600 € (63.297 ÖS) dafür rechnen. Bitte unterstützen Sie uns dabei weiter!

Dabei wäre es es so einfach, die Notarkosten **zu vermeiden!** Es bräuchten nur mehr Bürger ins **Gemeindeamt/Magistrat** zu gehen und das Volksbegehren dort unterschreiben. So entstehen **keine** Kosten! Die zuständigen Beamten sind (von wenigen Ausnahmen abgesehen) korrekt und höflich. Das ist auch ein Appell an viele WEGWARTE-Leser, die den Weg zum Gemeindeamt/Magistrat noch nicht gefunden haben....

### Mißbrauch des Volksbegehrens: nicht mit uns!

Seit neuestem wird unter der Bezeichnung „*euaustrittsvolksbegehren*“ für etwas ganz anderes Werbung gemacht, das mit dem echten Volksbegehren als gesetzlich geregelte direkt-demokratische Aktion nichts zu tun hat. **Karin Kolland**, „Reiki-Lehrerin und Kosmologin“, benutzt diesen Namen, um damit daran interessierte Bürger davon abzubringen (!), das Volksbegehren in den Gemeindeämtern oder beim Notar zu unterschreiben, da diese ja „ganz andere Möglichkeiten“ hätten. Diese sind unserer Meinung nach völlig unseriös und wir distanzieren uns hiermit ausdrücklich davon! Sie werden gemäß uns schriftlich vorliegenden Unterlagen und aus dem Internet als **o.p.p.t.** bezeichnet, „One People's Public Trust“, dem ein „**Mr. Sino AS**“ aus Indonesien vorsteht, der eine „Neue Weltordnung“ in Verbindung mit „SWISSINDO“, der neuen „World Bank“, schaffen will. Dieser neue „Führer“ wird offenbar auch dafür sorgen, daß „jeder Mensch der ganzen Erde“ - wenn er das freiwillig will - **6 Millionen Euro Grund-einkommen** (5.500,- € jährlich bis zum 90. Lebensjahr) bekommen kann. „One People's Public Trust“ heißt wörtlich „Des EINEN (quasi einzigen) Welt-Volkes öffentlicher Treuhandkonzern“. Solche „Versprechungen“ sind geradezu lächerlich. Unserer Aufforderung an Fr. Kolland, ihren Internet-Blog *euaustrittsvolksbegehren* zu schließen, da er eine **Irreführung** der Leser darstellt, kam diese nicht nach. Wir fühlen uns verpflichtet, alle Interessenten am echten Volksbegehren darüber zu informieren.

*Inge Rauscher, Bevollmächtigte des EU-Austritts-Volksbegehrens*

# AUSTRITT aus der EU

## Überparteiliches

# VOLKSBEGEHREN

**Weil** Österreichs Bürger nicht länger als **Melkkuh** für die „Rettung“ des **TEURO** und der Banken-Mißwirtschaft erhalten wollen!

Immer höhere Milliardenzahlungen für „Brüssel“ - das Faß ohne Boden - bedeuten eine kalte **Enteignung** der Bürger-Einkommen. Stattdessen Wieder-Eintritt in die funktionierende und sparsame **EFTA** zur Regelung der Handelsbeziehungen.

**Weil** echte **NEUTRALITÄT** jegliche Mitwirkung an einem Militärpakt wie der EU-Armee (mit ihrem Naheverhältnis zur NATO) ausschließt - siehe Schweiz.

**Weil** wir nicht Mitglied der **ATOMMACHT EU** bleiben und für diese auch nicht weiter zahlen wollen (EURATOM-Vertrag!).

**Weil** das oberste Prinzip der EU - der **grenzenlose**, völlig ungezügelte **FREIHANDEL** - nur den Konzerninhabern dient zum **Schaden** von Volkswirtschaften, Natur und Gesundheit!

Folgen: Verfall der Löhne, Gehälter und Pensionen, Verlust der örtlichen Nahversorgung, Lebend-Tiertransporte über riesige Entfernungen, kein (Einfuhr-) Schutz vor genmanipulierten Substanzen.

**Weil** mit dem **Lissabon-Vertrag**, der geltenden Arbeitsgrundlage der EU, die wichtigsten Prinzipien jeglicher **DEMOKRATIE** (zum Beispiel die Gewaltenteilung) **ausgeschaltet** wurden. Nicht gewählte Kommissare bestimmen, das EU-„Parlament“ hat **keine** Gesetzgebungsbefugnis.

### So können Sie das Volksbegehren unterstützen:

1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem **amtlichen Lichtbildausweis** (Paß, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das **Gemeindeamt** bzw. **magistratische Bezirksamt** Ihres Hauptwohnsitzortes gehen.
2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung **vor dem Beamten unterschreiben** und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde dieses Original-Formular wieder umgehend an uns retour senden.

Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das **16. Lebensjahr** vollendet haben. Sobald mindestens 8.460 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

### Wer sind die Betreiber des Volksbegehrens?

Ein überparteiliches Personenkomitee aus langjährigen Trägern und Mitarbeitern unabhängiger Bürgerinitiativen: **Inge RAUSCHER**/Initiative Heimat & Umwelt, **Helmut SCHRAMM**, Angestellter, **Dr. Franz-Joseph PLANK**/Tierschutzorganisation Animal Spirit, **Renate ZITTMAYR**, Bäuerin, **Mag. Markus LECHNER**, Finanzbeamter i.R., **Inge SCHERFF**, Anti-Atom-Aktivistin, u.v.a. Unterstützt wird das Volksbegehren auch vom früheren parteifreien Justizminister **Hans Richard KLECATSKY**, Universitätsprofessor für öffentliches Recht in Innsbruck, und der Wiener Rechtsanwältin **Dr. Eva Maria BARKI**, spezialisiert auf Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte. Kontaktadresse: Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. 02242/70516, [ihu@a1.net](mailto:ihu@a1.net).

[www.eu-austritts-volksbegehren.at](http://www.eu-austritts-volksbegehren.at)



# KONZERNMACHT ÜBER SAATGUT - NEIN DANKE!

## Protest gegen EU-Saatgutrecht

Im folgenden bringen wir Auszüge aus einer „Gemeinsamen Erklärung“ vom 27. Juli 2013 von 14 Saatgut-, Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden zur drohenden „Reform“ des EU-Saatgutrechts. Der gesamte Text sowie weiterführende Informationen können auf [www.arche-noah.at](http://www.arche-noah.at) eingesehen werden.

„Saatgut ist eines der ältesten Kulturgüter der Menschheit. Seit tausenden von Jahren geben wir es von Generation zu Generation weiter, tauschen Samen, Edelreiser und das dazugehörige Wissen, über viele Grenzen hinweg. **Doch drei Viertel der Getreide- und Gemüsesorten, die unsere Großeltern noch kannten, sind der industriellen Landwirtschaft zum Opfer gefallen.** Die Welternährungsorganisation spricht **weltweit** vom Sortenschwund von 75 Prozent (!) in den letzten 100 Jahren, in der EU sind es sogar **90 Prozent**. .....

Inzwischen wird über die Hälfte des Saatgut-Weltmarktes von **nur drei Konzernen** kontrolliert, die auch immer direkter auf die Gesetzgebung Einfluß nehmen. Frei vermehrbare - also samenfeste - Sorten wurden zumeist ersetzt durch solche, bei denen man das Saatgut nachkaufen muß (Hybridsaatgut). Das macht die Weltbevölkerung abhängig von wenigen Konzernen.

Anstatt diese Abhängigkeit anzugehen, hat die **Europäische Kommission** im Mai 2013 eine **Gesetzesreform** vorgeschlagen, die das Problem weiter zu verschärfen droht. Wir haben den Gesetzesvorschlag eingehend geprüft. Deshalb sind wir sehr besorgt. Nicht der freie Austausch von Saatgut, die Erhaltung und gemeinsame Fortentwicklung der Obst-, Gemüse- und Getreidesorten Europas stehen im Mittelpunkt, sondern deren Kontrolle durch Bürokratien und Unternehmen. Nicht der Respekt vor den vielfältigen Traditionen und dem Wissen der Bauern und Gärtner, Züchter und Wissenschaftler und ihre Förderung ist sein Gegenstand, sondern er ist gänzlich auf

die Erfordernisse und Bedürfnisse der **industriellen** Erzeugung von **hochgezüchtetem** Saatgut und Pflanzgut und deren Vermarktung zugeschnitten. ....

Der Gesetzesvorschlag kommt den Saatgutkonzernen weit entgegen; sie brauchen ihm zufolge die neuen, gentechnikähnlichen Züchtungsmethoden nicht zu kennzeichnen, sparen nationale Zulassungsverfahren, und - mit der Erlangung eines Schutzrechtes über eine Sorte erhalten sie gleichzeitig auch die **Marktzulassung**. Die weltweite Durchsetzungsfähigkeit der europäischen Saatgutindustrie soll mit dem Reformvorschlag gesteigert werden - in Entwicklungsländern würde das zu Lasten einheimischer Saatgutproduzenten und der bäuerlichen Bevölkerung gehen. ....

Wir protestieren gegen diese viel zu industriefreundlichen Gesetze. Wir fordern unsere Politiker auf, zusammen mit den Bürgern - ob Bauern, Berufs- oder Hobbygärtner, Unternehmer, Wissenschaftler, Sortenerhalter oder Saatgutvermehrter - den Umgang mit der gemeinsamen Grundlage von Ernährung, Geschmack und Gesundheit unserer und künftiger Generationen **vielfaltsorientiert** und **unabhängig** zu gestalten.

Die Vielfalt der Pflanzensorten ist zu wichtig, als daß wir sie den multinationalen Agrarchemiekonzernen und den staatlichen und europäischen Behörden überlassen könnten.

**Wir brauchen wieder mehr Alternativen zu Monsanto, Syngenta, Bayer, BASF, KWS & Co., damit wir selber bestimmen können, was auf unsere Teller kommt!**

Deshalb protestieren wir. Und wir beteiligen uns: Mit frei vermehrbaren Sorten auf unseren Feldern, in unseren Gärten und Streuobstwiesen, mit unseren Kaufentscheidungen und unseren Wählerstimmen, mit Briefen an Abgeordnete und Regierungen, mit Äußerungen in der öffentlichen Debatte. Wir pflanzen und lassen wachsen und gedeihen, wir veredeln, vermehren, züchten, kaufen und verkaufen, tauschen, erhalten und teilen, was uns nährt, schmeckt und gefällt.

Wenn die EU wirklich Sortenvielfalt durch mehr Nutzung schützen, eine gesündere und sicherere Ernährung ermöglichen und die Landwirtschaft umweltgerechter gestalten möchte, dann müssen Rat und Parlament nun klare Zeichen setzen und den Gesetzesvorschlag für die Erzeugung und Vermarktung von Saat- und Pflanzgut **von Grund auf neu** ausrichten. So ist er verfehlt, wir lehnen ihn ab. ....

Ob dieser Wunsch in Erfüllung geht, wagen wir zu bezweifeln. Denn die vorgesehene Kontrolle (= Inbesitznahme) des weltweiten Saatguts durch Konzerne, von denen man dieses dann teuer kaufen muß, entspricht völlig dem gesamten Selbstverständnis und der Zielsetzung der „Europäischen Union“ und ihrer Handlanger in den nationalen Regierungen („Europäischer Rat“). Wer das Recht auf Selbstbestimmung gerade im so lebenswichtigen Bereich der Nahrung und ihrer Grundlage, des Saatguts, fordert, sollte die Konsequenz ziehen, die Bevormundung durch die als lebensfeindlich erkannte EU-Gesetzgebung insgesamt zurückzuweisen und sich der EU-Austrittsbewegung anschließen.

Einladung zur

# Herbst - Tagung

**Samstag, 5. Okt. 2013, von 14 bis 19 Uhr  
in Altlenzbach im Wienerwald**

**im Hotel STEINBERGER, Hauptstraße 52**

Nähe Autobahnknoten Steinhäusl/Westbahn-Station Eichgraben-  
Altlenzbach zwischen Wien und St. Pölten.

Anreise über die A1-Westautobahn oder die A21-Außenringautobahn, Abfahrt jeweils „Altlenzbach“, Exit 35. Oder vom Bahnhof „Eichgraben-Altlenzbach“ (an der Westbahn) mit Linienbus (5 km) direkt zum Hotel-Restaurant Steinberger oder mit Abholservice vom Bahnhof nach Vereinbarung (Tel. 02774/2289).

## **Programmablauf:**

ab ca. 12 Uhr Möglichkeit zum Mittagessen im Restaurant; angeboten werden Speisen aus regionaler, biologischer und gentechnikfreier Produktion.

**14.00:** Eröffnung der Tagung durch **Inge RAUSCHER**, Obfrau der IHU.

**14.15: Wie der Wienerwald vor 140 Jahren durch Bürger – Widerstand gerettet wurde.**

Vortrag von **Mag. Erich WONKA**, Geograph u. Kartograph, langjähriger Gemeinderat i.R.

**14.35: Keine weitere Mitgliedschaft beim Atom- und Militärpakt EU!**

Vortrag von **Inge SCHERFF**, Anti-Atom-Aktivistin

**15.00: Der subversive Krieg der EU gegen die Völker Europas – Ungarn als Testfall.**

Vortrag von **Dr. Eva Maria BARKI**, Rechtsanwältin mit Spezialgebiet Menschen-, Nationalitäten- und Volksgruppenrechte. **Diskussion**

**16.30:** Pause mit Kaffee und Kuchen (wer möchte).

**17.00: EU und Tierschutz**

Vortrag von **Dr. Franz-Joseph PLANK**, Obmann der Tierschutzorganisation „Animal Spirit“.

**17.30: Selbstversorgung auf regionaler und nationaler Grundlage.** Vorstellung von Basis-Initiativen und Projekten. Vortrag von **Renate ZITTMAYR**, Bäuerin. **Diskussion**

**19.00:** offizielles Ende. Anschließend Möglichkeit zum Abendessen im Restaurant und „gemütlicher Ausklang“ mit (lebender) Musik. Meinungsaustausch untereinander

**Eintritt: freie Spende**

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:  
9. September 2013

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet  
OPSKATWW, der IBAN-Code AT366000000007483053

**WEGWARTE** 23. Jahrgang, Folge 5, September 2013  
Zulassungsnummer "02Z033544S"  
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt  
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien  
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:  
**Initiative Heimat & Umwelt**  
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5  
Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net  
**Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000**

Österreichische Post AG / Sponsoring Post  
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer